



In alten Schächten des Steinkohlenbergbaus schlummern womöglich Gefahren für die Umwelt.

FOTO: HO

WAZ v.  
29.07.2015

# Giftmüll unter Tage

Umweltminister Rammel will klären lassen, ob von den Zechen Gefahren für das Trinkwasser ausgehen. In der Tiefe lagern Millionen Tonnen Abfälle

Von Ulf Meinke

**Essen.** „Der Bergbau will mit Müll künftig Kohle machen“, schrieb die Wochenzeitung „Zeit“ Ende der 80er-Jahre. Bauschutt, Hochofenschlacke und Sonderabfälle sollten in großen Stil in den Schächten der Ruhrkohle gelagert werden – eine Deponie unter Tage. Der damalige NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) begleitete die Pläne augenscheinlich überaus wohlwollend. Auch Arbeitsplätze sollten entstehen, wenn die Zechen des Reviers nicht nur Kohle fördern, sondern in den dabei entstehenden Hohlräumen zugleich Abfälle deponieren würden.

Ein Großteil der Pläne wurde in die Tat umgesetzt. Die Folgen beschäftigen heute die Politik. NRW-Umweltminister Johannes Rammel (Grüne) will Klarheit darüber, was in den Bergbau-Schächten schlummert. Auch Sorgen vor einer möglichen Belastung der Umwelt durch die krebserregenden Chemikalie PCB beschäftigen die Politik. „Wir wollen geklärt wissen, was unter Tage lagert“, sagte Rammels Sprecher Frank Seidlitz im Gespräch mit dieser Zeitung. „Dabei geht es sowohl um PCB-haltige Öle, die zwischen den 60er- und 80er-Jahren im Bergbau zum Einsatz gekommen sind, als auch

um Giftmüll-Entsorgungen in den 90ern.“ Untersucht werde auch, „ob die Entsorgung von Giftmüll in Bergwerken in NRW rechtlich einwandfrei war“.

## „Wir wollen geklärt wissen, was unter Tage lagert.“

Frank Seidlitz vom nordrhein-westfälischen Umweltministerium

Mit Hilfe eines Gutachtens des Aachener Beratungsbüros Ahu soll nun unter anderem geklärt werden, welche Stoffe sich unter Tage befinden. „Ahu hat heute den Zuschlag erhalten“, sagte Seidlitz am Dienstag. Zuvor hatte es Wirbel um die Vergabe des Gutachtens gegeben. Das Umweltministerium pochte im Zuge des Verfahrens auf die Unabhängigkeit der Bewerber vom Bergwerkskonzern RAG.

Die RAG erklärte auf Anfrage, man unterstütze die Landesregierung bei der Aufklärung. „Wir lassen uns in Sachen Transparenz von niemandem überbieten. Das werden die nächsten Monate zeigen.“

Nach einem Bericht der Landesregierung, der bereits aus dem Jahr 2013 stammt, wurden zwischen Mitte der 80er-Jahre bis 2006 rund 1,6 Millionen Tonnen „bergbau-

fremder Abfälle“ in elf Zechen unter Tage gebracht. Auch „besonders überwachungsbedürftige“ und „gefährliche Abfälle“ gehörten dazu. Diese befinden sich laut Landesregierung in den Bergwerken Haus Aden/Monopol (Bergkamen), Walsum (Duisburg) und Hugo/Consolidation (Gelsenkirchen). In den drei Zechen lagere Abfall im Volumen von rund 580 000 Tonnen.

„Auch angesichts von Plänen der RAG, das Grubenwasser in absehbarer Zeit ansteigen zu lassen, sehen wir Handlungsbedarf“, sagte der Sprecher von Umweltminister Rammel. „Wir können das Grubenwasser nicht ansteigen lassen, bevor Klarheit in Sachen PCB und Giftmüll unter Tage besteht.“ Bis-

### Sorgen auch im Saarland

■ **Auch im Saarland** gibt es Sorgen, dass durch die Flutung von Bergwerken Schäden für die Umwelt entstehen könnten. Von einer „ökologischen Zeitbombe“ ist bei der Umweltschutzorganisation BUND die Rede. Im Saarland lagert wie im Ruhrgebiet PCB-haltiges Hydrauliköl in den Stollen der Bergwerke.

lang sei die PCB-Belastung vor allem in Gewässern gemessen worden, künftig soll es auch Messungen direkt an den Grubenwasser-Sammelpunkten geben.

Die Aufgabe, ab 2019 die Folgekosten nach dem Ende des Steinkohlenbergbaus zu tragen, übernimmt die Essener RAG-Stiftung. Sie soll dafür sorgen, dass über Generationen hinweg Grubenwasser abgepumpt wird, damit das Ruhrgebiet nicht zu einer Sumpflandschaft wird. Bislang wurde in alten Schächten in 800 Metern Tiefe gepumpt. Jetzt gibt es Pläne, die Höhe auf 600 Meter zu verringern. Umweltschützer befürchten, so könnte PCB ins Trinkwasser gelangen. „Umweltfragen werden bei uns nicht an notwendigen Kosten scheitern“, wird bei der RAG beteuert.

„Aktuell haben wir keinen Anlass zu Sorge um das Trinkwasser“, erklärte der Ministeriumssprecher. „Es geht darum, Vorsorge zu treffen, damit in Zukunft vermieden wird, dass verunreinigtes Wasser möglicherweise auf unterirdischen Wegen in Trinkwassergebiete gelangt.“ Im Zusammenhang mit PCB und Giftmüll unter Tage spiele auch die Frage eine Rolle, wer die Kosten für eine gegebenenfalls aufwändigere Wasseraufbereitung tragen sollte.